

Die Wirtschaft Luxemburgs in 20 Punkten (1)

Eine Luxemburger „Ich-AG“



Foto: Didier Sylvestre

Carlo Thelen, Chefvolkswirt der Handelskammer

Die Handelskammer ist eine von mehreren Luxemburger Berufskammern. Ihre Mission ist die Verteidigung der Interessen der gesamten Wirtschaft. Sie hat eine Wunschliste mit 20 Punkten erarbeitet. Tageblatt-Redakteur Christian Muller und Carlo Thelen, Chefvolkswirt der Handelskammer, haben über eine Luxemburger „Ich-AG“ gesprochen.

telstandsministerium keine neue Geschäftsgenehmigung“, so Thelen. „Dabei haben in den USA alle Milliardäre es mehrmals versucht, ehe es klappt.“

Um den Gründern das Leben zu erleichtern, schwebt der Kammer die Einführung einer „Ich-AG“ nach französischem Muster vor. „Dort bietet der Staat einfache Startbedingungen für die Kleinen“, so Thelen. Es gebe weniger Regeln bei der Gründung,

hierzulande“, meint der Chef-Volkswirt der Luxemburger Handelskammer. „In Luxemburg sind die Regeln viel strenger als in den Nachbarländern.“ Dabei müssten Leuten, die eine Firma gründen wollen, doch eher unterstützt werden.

„Und viele Hürden sind einfach überflüssig.“

So reiche es in anderen Ländern aus, eine gute Idee zu haben, und man könne seine Firma öffnen, sagt Carlo Thelen. In Luxemburg ist das nicht so einfach. Man muss erst eine Reihe von Qualifikationen nachweisen – etwa dass man

sich mit der Verwaltung von Unternehmen auskennt. Wenn nicht, muss man einen mehrmonatigen Kurs belegen. Erst danach darf sich der enthusiastische Firmengründer in den Behördenschlingel stürzen, das Mindestkapital von 12.500 Euro aufbringen und schließlich einen Notar bezahlen, um seinen Betrieb öffnen zu dürfen.

Für Leute, die schon mal versucht hatten, eine Firma zu gründen und die Sache ging schief, ist die Lage in Luxemburg noch unmöglicher. „Selbst wenn bei der Pleite bereits alles abgewickelt ist, erhält diese Person beim Mit-

derlich, man müsse nicht zum Notar und Buchführungsanforderungen seien nur minimal. Zudem brauche man nicht mehrere Steuerformulare vier mal pro Jahr einreichen. Bis hin zu einem Jahresumsatz von 80.000 Euro wür-

de der Staat einfach eine Abgabe von 13 Prozent für sich beanspruchen und somit sei Mehrwertsteuer, Sozialabgaben, und was es sonst noch so gibt, bezahlt. Man müsse nicht einmal mehr zu einem Buchhaltungsunternehmen gehen, um seine Papiere auszufüllen. Im Gegenzug müsse dieses Unter-

nehmen jedoch beim Einkauf seiner Waren die Mehrwertsteuer bezahlen – das muss eine „normale“ Firma nicht.

„Solche Strukturen helfen, um Leuten, die eine Idee haben, den Mut nicht zu nehmen“, so Thelen. Dabei funktioniere das System aber nur in den Bereichen, die nicht besonders reglementiert sind, etwa im Groß- und Einzelhandel oder beim Verkauf von kommerziellen Dienstleistungen. Des Weiteren sei eine Modernisierung des Insolvenzrechts eine Voraussetzung für den Erfolg, unterstreicht der Volkswirt. Mehr dazu morgen.



„T“-Redakteur Christian Muller im Gespräch mit Carlo Thelen



Foto: Christian Muller